

18.07.88

VP - R - U**Verordnung**

des Bundesministers für Verkehr

Dritte Verordnung zur Inkraftsetzung von Änderungen des
Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der
Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Pro-
tokolls von 1978

A. Zielsetzung

Mit der Verordnung sollen die innerstaatlichen Voraussetzungen geschaffen werden zur Inkraftsetzung der vom Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation am 1. Dezember 1987 beschlossenen Änderung der Anlage I des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978. - Zugleich soll die Verordnung vom 23. Dezember 1983 über Zuwiderhandlungen gegen das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und gegen das Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1983 I S. 1677), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Juli 1987 (BGBl. I S. 1678), der Änderung der Anlage I angepaßt und um Bußgeldtatbestände bei Verstößen gegen die am 31. Dezember 1988 in Kraft tretende Anlage V ergänzt werden. Dem Bundesminister für Verkehr soll ferner erlaubt werden, die Ordnungswidrigkeiten-Verordnung neu bekanntzumachen.

B. Lösung

Erlaß einer Verordnung nach Artikel 2 des Gesetzes zum Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und zu dem Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2).

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

18.07.88

VP - R - U

Verordnung

des Bundesministers für Verkehr

Dritte Verordnung zur Inkraftsetzung von Änderungen des
Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der
Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Pro-
tokolls von 1978

Der Chef
des Bundeskanzleramtes
121 (323) - 971 04 - Üb 47/88

Bonn, den 15. Juli 1988

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesminister für Verkehr
zu erlassende

Dritte Verordnung zur Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur
Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in
der Fassung des Protokolls von 1978

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut der Änderungen der Anlage zu dem Protokoll von
1978 in englischer und französischer Sprache mit deutscher
Übersetzung ist beigelegt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

In Vertretung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Stavenhagen', written in a cursive style.

(Dr. Stavenhagen)

**Dritte Verordnung
zur Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe
in der Fassung des Protokolls von 1978**

Vom

1988

Auf Grund des Artikels 2 Nr. 1 und 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1981 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und zu dem Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2) wird verordnet:

Artikel 1

Die in London am 1. Dezember 1987 vom Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation durch Entschließung MEPC 29 (25) beschlossene Änderung der Anlage I des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 (BGBl. 1982 II S. 2), zuletzt geändert durch die in London am 5. Dezember 1985 vom Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation gefaßten Entschlüsse MEPC 16 (22) und MEPC 21 (22) (BGBl. 1986 II S. 942) wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Entschließung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Verordnung über Zuwiderhandlungen gegen das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und gegen das Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen vom 23. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1677), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Juli 1987 (BGBl. I S. 1678), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Der erste Halbsatz erhält folgende Fassung

„Diese Verordnung regelt die Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 (BGBl. 1982 II S. 2; 1984 II S. 230), zuletzt geändert durch die in London am 1. Dezember 1987 vom Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation gefaßten Entschlüsse MEPC 29 (25) (BGBl. 1988 II S.)“.

b) In Nummer 2 wird die Angabe „§§ 2, 3 oder 3a“ durch die Angabe „§§ 2, 3, 3a oder 3b“ ersetzt.

2. Nach § 3a wird folgender neuer § 3b eingefügt:

„§ 3b

Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften der Anlage V zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Vorschrift der Anlage V Regel 3 Abs. 1, Regel 4 Abs. 1 oder Regel 5 Abs. 2 über die Beseitigung von Müll ins Meer zuwiderhandelt.“

3. Die bisherigen §§ 3b und 3c werden §§ 3c und 3d.

4. Im neuen § 3c wird die Angabe „§ 3 Abs. 1 und des § 3a Nr. 1“ durch die Angabe „§ 3 Abs. 1, § 3a Nr. 1 und des § 3b“ ersetzt.

5. In Nummer 2 des neuen § 3d wird die Angabe „§§ 3 und 3a Nr. 1 und 2“ durch die Angabe „§§ 3, 3a Nr. 1 und 2 und § 3b“ ersetzt.

Artikel 3

Der Bundesminister für Verkehr kann den Wortlaut der Verordnung über Zuwiderhandlungen gegen das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und gegen das Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen in der vom 1. April 1989 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 5 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 5

(1) Diese Verordnung tritt, soweit nicht Absatz 2 etwas anderes bestimmt, am 31. Dezember 1988 in Kraft. Am selben Tag treten die §§ 4 und 6 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über die Verhütung der Verschmutzung der Ostsee durch Schiffe vom 11. Februar 1985 (BGBl. I S. 321), zuletzt geändert durch die Sechste Ostsee-Umweltschutz-Änderungsverordnung vom 27. März 1987 (BGBl. 1987 II S. 206), außer Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 treten Artikel 1 und 2 Nr. 1 Buchstabe a dieser Verordnung am 1. April 1989 in Kraft.

(3) Am 1. April 1989 tritt die Änderung vom 1. Dezember 1987 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn den

1988

Der Bundesminister für Verkehr

Begründung zur Verordnung

I. Einleitung

Die Rechtsverordnung dient der Inkraftsetzung einer Änderung der Regel 10 der Anlage I des Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 (MARPOL-Übereinkommen). Die Änderung wurde am 1. Dezember 1987 in London vom Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation gemäß Artikel 16 des Übereinkommens beschlossen. – Gleichzeitig soll die Verordnung über Zuwiderhandlungen gegen das MARPOL-Übereinkommen (BGBl. 1983 I S. 1677) um Ordnungswidrigkeitentatbestände zu Anlage V des MARPOL-Übereinkommens ergänzt werden. Diese Ergänzung ist erforderlich, da die Anlage V am 31. Dezember 1988 völkerrechtlich in Kraft treten wird.

Die Verordnungsermächtigung für den Bundesminister für Verkehr ergibt sich aus Artikel 2 Nr. 1 und 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1981 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und zu dem Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2). Die Rechtsverordnung bedarf gemäß Artikel 80 Abs. 2 GG der Zustimmung des Bundesrates, weil das Übereinkommen in Verbindung mit dem o.g. Gesetz zum Teil von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt wird. Die Verordnung folgt auf die Zweite Verordnung zur Inkraftsetzung von Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 vom 23. Oktober 1986 (BGBl. 1986 II S. 942).

II. Erläuterungen

Zu Artikel 1

Der Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation hat in seiner 25. Sitzung am 1. Dezember 1987 die aus der Entschließung MEPC 29 (25) ersichtliche Änderung der Anlage I zum MARPOL-Übereinkommen beschlossen. Diese Änderung bezweckt, den Golf von Aden als weiteres Sondergebiet auszuweisen.

Die Änderung entspricht der umweltpolitischen Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland, durch die Erklärung weiterer Seegebiete zu Sondergebieten die Beschränkungen des MARPOL-Übereinkommens für Öleinleitungen regional zu verschärfen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die notwendige Anpassung der Verordnung über Zuwiderhandlungen gegen das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und gegen das Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen an die Änderung der Anlage I sowie an das Inkrafttreten der Anlage V des Übereinkommens.

Zu Nummer 1 Buchstabe a

In Sondergebieten ist das Einleiten von Öl und ölhaltigen Gemischen unter bestimmten Voraussetzungen sowie die Beimengung von chemischen Zusätzen nach der Anlage I Regel 10 Abs. 2 und 4 des MARPOL-Übereinkommens verboten und nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über Zuwiderhandlungen gegen das Übereinkommen als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen und zu ahnden. Die durch Änderung des Übereinkommens beschlossene Ausweisung auch des Golfes von Aden als Sondergebiet erfordert es, die Ordnungswidrigkeitenvorschrift auch auf dieses Sondergebiet auszudehnen. Dies wird durch die in Nummer 1 Buchstabe a vorgesehene Erweiterung des Übereinkommens sichergestellt.

Zu Nummer 1 Buchstabe b

Die Änderung folgt aus der Einfügung eines neuen § 3b.

Zu Nummer 2

Durch die Einfügung eines neuen § 3b wird bestimmt, daß mit Inkrafttreten der Anlage V des Übereinkommens nunmehr auch Zuwiderhandlungen gegen dort normierte Verbote, von Schiffen oder festen oder schwimmenden Plattformen aus Müll zu beseitigen, als Ordnungswidrigkeiten verfolgt und geahndet werden können. Die Umnummerierung der bisherigen §§ 3b und 3c ist eine notwendige Folgeänderung.

Zu Nummer 3

Die Umnummerierung wird durch die Einfügung des § 3b erforderlich.

Zu Nummer 4

Im Hinblick darauf, daß die rechtswidrige Beseitigung von Müll wie auch das Einleiten von Öl, ölhaltigen Gemischen und Chemikalien eine erhebliche Umweltgefährdung sowie darüber hinaus das Über-Bord-Geben z. B. von Stauholz und Schalungsmaterial eine Gefahr für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs bedeuten kann, ist der gleiche Bußgeldrahmen wie für das Einleiten sonstiger Schadstoffe vorgesehen.

Zu Nummer 5

Das Deutsche Hydrographische Institut (DHI) ist bisher schon zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen Verbote, Öl, ölhaltige Gemische und Chemikalien einzuleiten. Aus Gründen des Sachzusammenhanges ist vorgesehen, die Zuständigkeit des DHI auch bei Zuwiderhandlungen gegen Beseitigungsverbote von Müll zu begründen. Eine entsprechende Regelung besteht bereits nach § 6 Abs. 2 der Verordnung über die Verhütung der Verschmutzung der Ostsee durch Schiffe vom 11. Februar 1985 (BGBl. II S. 321).

Zu Artikel 3

Die in Artikel 3 angeführte Verordnung ist seit dem Inkrafttreten viermal geändert und dadurch unübersichtlich geworden. Dem Bundesminister für Verkehr soll deshalb erlaubt werden, die Verordnung neu bekanntzumachen.

Zu Artikel 4

Die Änderung des MARPOL-Übereinkommens soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; die Verordnung enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Da die Anlage V des MARPOL-Übereinkommens am 31. Dezember 1988 völkerrechtlich in Kraft tritt, soll die Verordnung mit Ausnahme der Artikel 1 und 2 Nr. 1 Buchstabe a zu diesem Termin in Kraft treten. Die §§ 4 und 6 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über die Verhütung der Verschmutzung der Ostsee durch Schiffe vom 11. Februar 1985 (BGBl. I S. 321), zuletzt geändert durch die Sechste Ostsee-Umweltschutz-Änderungsverordnung

vom 27. März 1987 (BGBl. 1987 II S. 206), sollen außer Kraft treten, da ihr Regelungsinhalt von den Artikeln 1 und 2 Nr. 1 Buchstabe a der vorliegenden Verordnung überlagert wird.

Der Inkraftsetzungstermin für die Artikel 1 und 2 Nr. 1 Buchstabe a ergibt sich daraus, daß an diesem Tag die Änderung der Anlage I völkerrechtlich in Kraft tritt.

III. Schlußbemerkung

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten für Bund, Länder und Gemeinden. Preisliche Auswirkungen sind mit dem Verordnungsentwurf nicht verbunden, Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Entschließung MEPC 29 (25)
beschlossen am 1. Dezember 1987

**Annahme von Änderungen der Anlage zu dem Protokoll von 1978
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe**

(Bestimmung des Golfes von Aden zum Sondergebiet)

Resolution MEPC 29 (25)
adopted on 1 December 1987

**Adoption of Amendments to the Annex of the Protocol of 1978
relating to the International Convention
for the Prevention of Pollution from Ships, 1973**

(Designation of the Gulf of Aden as a Special Area)

Résolution MEPC 29 (25)
adoptée le 1^{er} décembre 1987

**Adoption d'amendements à l'Annexe du Protocole de 1978
relatif à la Convention internationale de 1973
pour la prévention de la pollution par les navires**

(Désignation du golfe d'Aden en tant que zone spéciale)

(Übersetzung)

The Marine Environment Protection Committee,

Le Comité de la protection du milieu marin,

Der Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt -

Noting the functions which article 16 of the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1973 Convention") and resolution A.297 (VIII) confer on the Marine Environment Protection Committee for the consideration and adoption of amendments to the 1973 Convention,

Notant les fonctions que l'article 16 de la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommée la «Convention de 1973») et la résolution A.297(VIII) confèrent au Comité de la protection du milieu marin en ce qui concerne l'examen et l'adoption d'amendements à la Convention de 1973,

im Hinblick auf die Aufgaben, die dem Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt durch Artikel 16 des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im folgenden als „Übereinkommen von 1973“ bezeichnet) und Entschließung A.297 (VIII) in bezug auf die Prüfung von Änderungen des Übereinkommens von 1973 und die Beschlußfassung darüber übertragen werden,

Noting further article VI of the Protocol of 1978 relating to the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1978 Protocol"),

Notant en outre les dispositions de l'article VI du Protocole de 1978 relatif à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommé le «Protocole de 1978»),

im Hinblick ferner auf Artikel VI des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im folgenden als „Protokoll von 1978“ bezeichnet),

Having considered, at its twenty-fifth session, amendments to the 1978 Protocol proposed and circulated in accordance with article 16 (2) (a) of the 1973 Convention,

Ayant examiné à sa vingt-cinquième session des amendements au Protocole de 1978 qui ont été proposés et diffusés conformément à l'article 16 2) a) de la Convention de 1973,

nach Prüfung der nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens von 1973 vorgeschlagenen und weitergeleiteten Änderung des Protokolls von 1978 auf seiner funfundzwanzigsten Tagung -

1. Adopts, in accordance with article 16 (2) (d) of the 1973 Convention, amendments to the Annex of the 1978

1 Adopte, conformément à l'article 16 2) d) de la Convention de 1973, les amendements à l'Annexe du Protocole de

1 beschließt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe d des Übereinkommens von 1973 Änderungen der Anlage zu dem

Protocol, the text of which is set out in the Annex to the present resolution.

2. Determines in accordance with article 16 (2) (f) (iii) of the 1973 Convention that the amendments shall be deemed, to have been accepted on 1 October 1988 unless prior to this date one third or more of the Parties, or the Parties the combined merchant fleets of which constitute fifty per cent or more of the gross tonnage of the world's merchant fleet, have communicated to the Organization their objections to the amendments;
3. Invites the Parties to note that in accordance with article 16 (2) (g) (ii) of the 1973 Convention the amendments shall enter into force on 1 April 1989 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
4. Requests the Secretary-General in conformity with article 16 (2) (e) of the 1973 Convention to transmit to all Parties to the 1978 Protocol certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the Annex;
5. Further requests the Secretary-General to transmit to the Members of the Organization which are not Parties to the 1978 Protocol copies of the resolution and its Annex.

Annex

1987 Amendments to the Annex of the Protocol of 1978 relating to the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973

Annex I

Regulations for the Prevention of Pollution by Oil

Regulation 10

Methods for the Prevention of Oil Pollution from Ships while operating in Special Areas

The existing text of paragraph (1) is replaced by the following:

"(1) For the purposes of this Annex the special areas are the Mediterranean Sea area, the Baltic Sea area, the Black Sea area, the Red Sea area, the 'Gulfs area' and the Gulf of Aden area, which are defined as follows:

- (a) The Mediterranean Sea area means the Mediterranean Sea proper including the

1978 dont le texte figure dans l'annexe de la présente résolution.

2. Constate que, conformément à l'article 16 2) f) iii) de la Convention de 1973, les amendements seront réputés avoir été acceptés le 1^{er} octobre 1988 à moins que, avant cette date, plus d'un tiers des Parties ou les Parties dont les flottes marchandes représentent au total au moins 50% du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce n'aient communiqué à l'Organisation des objections à ces amendements;
3. Invite les Parties à noter que, conformément à l'article 16 2) g) ii) de la Convention de 1973, les amendements entreront en vigueur le 1^{er} avril 1989 s'ils ont été acceptés de la manière indiquée au paragraphe 2 ci-dessus;
4. Prie le Secrétaire général, en application de l'article 16 2) e) de la Convention de 1973, d'adresser à toutes les Parties au Protocole de 1978 des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte des amendements figurant dans l'annexe;
5. Prie en outre le Secrétaire général de transmettre des copies de la résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties au Protocole de 1978

Annexe

Amendements de 1987 à l'Annexe du Protocole de 1978 relatif à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires

Annexe I

Règles relatives à la prévention de la pollution par les hydrocarbures

Règle 10

Méthodes de prévention de la pollution par les hydrocarbures due aux navires exploités dans les zones spéciales

Remplacer le texte du paragraphe 1) par le suivant:

"1) Aux fins de la présente Annexe, les zones spéciales sont la zone de la mer Méditerranée, la zone de la mer Baltique, la zone de la mer Noire, la zone de la mer Rouge, la «zone des golfes» et la zone du golfe d'Aden, qui sont définies comme suit:

- a) Par zone de la mer Méditerranée on entend la mer Méditerranée proprement

Protokoll von 1978, deren Wortlaut in der Anlage zu dieser Entschließung wiedergegeben ist.

2. bestimmt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer iii) des Übereinkommens von 1973, daß die Änderungen als am 1. Oktober 1988 angenommen gelten, sofern nicht vor diesem Zeitpunkt mindestens ein Drittel der Vertragsparteien oder aber Vertragsparteien, deren Handelsflotten insgesamt mindestens fünfzig v. H. des Bruttoreaumeinhalts der Handelsflotte der Welt ausmachen, der Organisation ihren Einspruch gegen die Änderungen übermittelt haben;
3. fordert die Vertragsparteien auf, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Änderungen nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe g Ziffer ii) des Übereinkommens von 1973 am 1. April 1989 nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser Entschließung in Kraft treten;
4. ersucht den Generalsekretär, nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe e des Übereinkommens von 1973 allen Vertragsparteien des Protokolls von 1978 beglaubigte Abschriften dieser Entschließung und des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zuzuleiten;
5. ersucht den Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien des Protokolls von 1978 sind, Abschriften der Entschließung und ihrer Anlage zuzuleiten.

Anlage

Änderungen von 1987 der Anlage zu dem Protokoll von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe

Anlage I

Regeln zur Verhütung der Verschmutzung durch Öl

Regel 10

Methoden der Verhütung der Ölverschmutzung durch in Sondergebieten betriebene Schiffe

Der bisherige Wortlaut des Absatzes 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"1) Im Sinne dieser Anlage sind die Sondergebiete das Mittelmeergebiet, das Ostseegebiet, das Gebiet des Schwarzen Meeres, das Gebiet des Roten Meeres, das Gebiet der Golfe und das Gebiet des Golfes von Aden, die wie folgt festgelegt werden:

- a) Das Mittelmeergebiet bezeichnet das eigentliche Mittelmeer einschließlich der

gulfs and seas therein with the boundary between the Mediterranean and the Black Sea constituted by the 41° N parallel and bounded to the west by the Straits of Gibraltar at the meridian of 5°36'W.

dite, avec les golfes et les mers qu'elle comprend, limitée du côté de la mer Noire par le parallèle 41° N, et limitée à l'ouest, dans le détroit de Gibraltar, par le méridien 5°36'W.

darin gelegenen Golfe und Meere, wobei die Grenze zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer durch den Breitengrad 41° N und die westliche Grenze durch die Meerenge von Gibraltar beim Längengrad 5°36'W gebildet wird.

(b) The Baltic Sea area means the Baltic Sea proper with the Gulf of Bothnia, the Gulf of Finland and the entrance to the Baltic Sea bounded by the parallel of the Skaw in the Skagerrak at 57°44.8' N.

b) Par zone de la mer Baltique, on entend la mer Baltique proprement dite ainsi que le golfe de Botnie, le golfe de Finlande et l'accès à la mer Baltique délimité par le parallèle de Skagen, dans le Skagerrak (57°44,8'N.).

b) Das Ostseegebiet bezeichnet die eigentliche Ostsee mit dem Bottnischen Meerbusen, dem Finnischen Meerbusen und dem im Skagerrak durch den Breitengrad von Skagen auf 57°44,8' N begrenzten Eingang zur Ostsee.

(c) The Black Sea area means the Black Sea proper with the boundary between the Mediterranean and the Black Sea constituted by the parallel 41° N

c) Par zone de la mer Noire, on entend la mer Noire proprement dite ainsi que la mer d'Azov, limitée du côté de la Méditerranée par le parallèle 41° N.

c) Das Gebiet des Schwarzen Meeres bezeichnet das eigentliche Schwarze Meer, wobei die Grenze zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer durch den Breitengrad 41° N gebildet wird.

(d) The Red Sea area means the Red Sea proper including the Gulfs of Suez and Aqaba bounded at the south by the rhumb line between Ras si Ane (12°28.5'N, 43°19.6'E) and Husn Murad (12°40.4'N, 43°30.2'E)

d) Par zone de la mer Rouge, on entend la mer Rouge proprement dite ainsi que les golfes de Suez et d'Akaba, limitée au sud par la loxodromie reliant Ras Siyan (12°28,5'N., 43°19,6'E.) et Husn Murad (12°40,4'N., 43°30,2'E.).

d) Das Gebiet des Roten Meeres bezeichnet das eigentliche Rote Meer einschließlich der Golfe von Sues und Akaba, es wird im Süden durch die Loxodrome zwischen Ras Siyan (12°28,5'N, 43°19,6'O) und Husn Murad (12°40,4'N, 43°30,2'O) begrenzt.

(e) The Gulfs area means the sea area located north west of the rhumb line between Ras al Hadd (22°30'N 59°48'E) and Ras Al Fasteh (25°04'N 61°25'E)

e) Par "zone des golfes", on entend la zone maritime située au nord-ouest de la loxodromie reliant Ras el Had (22°30'N, 59°48'E) et Ras Al Fasteh (25°04'N, 61°25'E.)

e) Das Gebiet der Golfe bezeichnet das Meeresgebiet nordwestlich der Loxodrome zwischen Ras al Hadd (22°30'N, 59°48'O) und Ras al Fasteh (25°04'N, 61°25'O).

(f) The Gulf of Aden area means that part of the Gulf of Aden between the Red Sea and the Arabian Sea bounded to the west by the rhumb line between Ras si Ane (12°28.5'N, 43°19.6'E) and Husn Murad (12°40.4'N, 43°30.2'E) and to the east by the rhumb line between Ras Asir (11°50'N, 51°16.9'E) and Ras Fartak (15°35'N, 52°13.8'E)

f) Par zone du golfe d'Aden, on entend la partie du golfe d'Aden située entre la mer Rouge et la mer d'Oman, limitée à l'ouest par la loxodromie reliant Ras Siyan (12°28,5'N., 43°19,6'E.) et Husn Murad (12°40,4'N., 43°30,2'E.), et à l'est par la loxodromie reliant Ras Asir (11°50'N, 51°16,9'E) et Ras Fartak (15°35'N, 52°13,8'E) "

f) Das Gebiet des Golfes von Aden bezeichnet den Teil des Golfes von Aden zwischen dem Roten Meer und dem Arabischen Meer, der im Westen durch die Loxodrome zwischen Ras Siyan (12°28,5'N, 43°19,6'O) und Husn Murad (12°40,4'N, 43°30,2'O) und im Osten durch die Loxodrome zwischen Ras Asir (11°50'N, 51°16,9'O) und Ras Fartak (15°35'N, 52°13,8'O) begrenzt wird."

The introductory phrase of paragraph (7)(b) is replaced by the following:

Remplacer le membre de phrase liminaire de l'alinéa b) du paragraphe 7) par le texte suivant:

(b) Red Sea area, Gulfs area and Gulf of Aden area:"

"b) Zone de la mer Rouge, "zone des golfes" et zone du golfe d'Aden."

Die Einleitung des Absatzes 7 Buchstabe b wird durch folgenden Wortlaut ersetzt

b) Gebiet des Roten Meeres, Gebiet der Golfe und Gebiet des Golfes von Aden

Denkschrift zu der EntschlieÙung

Der Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) hat auf seiner 25. Sitzung in London am 1. Dezember 1987 mit der EntschlieÙung MEPC 29 (25) eine Änderung der Regel 10 der Anlage I des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 (MARPOL-Übereinkommen; BGBl. 1982 II S. 2) beschlossen. Dadurch wird zusätzlich zu den bereits bestehenden Sondergebieten der Golf von Aden als Sondergebiet ausgewiesen.

Die Entscheidung ist auf Vorschlag der 3 Anliegerstaaten Volksrepublik Jemen, Djibouti und Somalia getroffen worden. Der Ausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei dem Golf von Aden um ein Meeresgebiet handelt, in dem aus anerkannten technischen Gründen im Zusammenhang mit seinem ozeanografischen und ökologischen Zustand und der besonderen Natur seines Verkehrs die Annahme besonderer obligatorischer Methoden zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Öl erforderlich ist, so daß die Voraussetzungen für die Ausweisung als Sondergebiet nach Regel 1 Nr. 10 der Anlage I des MARPOL-Übereinkommens gegeben sind.

Mit der Änderung wird erreicht, daß künftig auch im Golf von Aden die für Sondergebiete besonders strengen Verbote zur Einleitung von Öl und ölhaltigen Gemischen anzuwenden sind.

Die Änderung ist unter Berücksichtigung der nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a des MARPOL-Übereinkommens festgelegten Frist von 6 Monaten auf der 25. Sitzung des IMO-Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt von den anwesenden Vertragsstaaten einstimmig beschlossen worden. Der Generalsekretär der IMO wird die Änderung allen Vertragsstaaten zur Annahme übermitteln. Sie gilt nach Artikel 16 Abs. 2 Buchstabe f Ziffer ii und iii des MARPOL-Übereinkommens als angenommen, wenn nicht vor dem 1. Oktober 1988 mindestens ein Drittel der Vertragsstaaten oder aber Vertragsstaaten, deren Handelsflotten insgesamt 50 v. H. des Bruttoreumgehalts der Handelsflotte der Welt ausmachen, der IMO ihren Einspruch übermitteln. Mit Einsprüchen ist im Hinblick auf den einstimmigen Beschluß nicht zu rechnen. Die Änderung tritt 6 Monate nach Ablauf der Einspruchsfrist, also am 1. April 1989, nach Artikel 16 Abs. 2 Buchstabe g Ziffer i völkerrechtlich in Kraft.

23.09.88

Beschluß

des Bundesrates

zur

Dritten Verordnung zur Inkraftsetzung von Änderungen des
Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der
Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls
von 1978

- Der Bundesrat hat in seiner 592. Sitzung am 23. September 1988 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des
- / Grundgesetzes nach Maßgabe der sich aus der Anlage ergebenden Änderung zuzustimmen.
- / Der Bundesrat hat ferner die aus der Anlage ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

Ä n d e r u n g
und
E n t s c h l i e ß u n g
zur
Dritten Verordnung zur Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe
in der Fassung des Protokolls von 1978

Eingangsworte

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

"Aufgrund des Artikels 2 Nr. 1 und 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1981 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und zu dem Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2) und § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 4, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1977 (BGBl. I S. 1314) wird verordnet:".

Begründung:

Notwendige Ergänzung.

EntschlieÙung

Der Bundesrat begrüÙt die Ausweisung ökologisch wertvoller Meeresteile zu Sondergebieten nach dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (MARPOL).

Er bittet die Bundesregierung, an ihrem Bestreben festzuhalten, auch die Nordsee zu einem Sondergebiet nach MARPOL, Anlage I und II, auszuweisen.